Nr. 4 | 15. November 2019

AZB / 3011 Bern

FDP
Die Liberalen

41. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Bern

BERNER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Augmented Reality

So wird Ihr «Freisinn» lebendig!
Anleitung auf Seite 23

X

«Ich will die wirtschafts- und gesellschaftsliberalen Kräfte stärken»
Ständeratskandidatin Christa Markwalder im Interview.
Seiten 4 und 5

«Le Jura bernois sera muet au Conseil national»
Résumé des élections nationales du président du PLR Jura bernois.
Page 6

Merci, Sime!
Die Jungfreisinnigen bedanken sich bei ihrer abtretenden Präsidentin.
Seite 7

Die Baustellen anpacken
Das Wahlresultat am 20. Oktober hat das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Parteipräsidentin Petra Gössi nimmt Stellung und zieht Schlüsse für die Zukunft.
Seite 9

Der Staat als Preistreiber beim Wohnen
Ziel der Volksinitiative für «mehr bezahlbare Wohnungen» ist erschwinglicher Wohnraum. Mit massiven Markteingriffen würde aber genau das Gegenteil erreicht, erklärt Daniela Schneeberger.
Seite 19

Wahlvideo von Christa Markwalder und Werner Salzmann
→ www.fdp-be.ch

In den Ständerat
Wir bringen den Kanton Bern gemeinsam vorwärts!

Liebe Freisinnige

Nur noch ein paar Tage bis zum zweiten Wahlgang der Berner Ständeratswahlen am 17. November 2019. Das bürgerliche Ticket mit Christa Markwalder und Werner Salzmann deckt ein breites politisches Spektrum ab und ist der richtige Weg, um den links-grünen Durchmarsch zu verhindern. Die liberale Christa Markwalder und der freiheitsliebende Werner Salzmann können unsere wirtschaftsfreundliche und liberale Politik in den Ständerat einbringen. Es braucht bürgerliche Vertreter für die Berner Stimmen in der kleinen Kammer!

Ich fordere Sie auf: Nehmen Sie Ihr Wahlcouvert, und schreiben Sie Christa Markwalder und Werner Salzmann auf Ihren Wahlzettel und werfen Sie das Ganze in die Urne bei Ihrer Gemeinde. Jede Stimme zählt! Ich danke Ihnen herzlich für Ihre liberale und wirtschaftsfreundliche Stimme.

Dora Andres, Unternehmerin, alt Regierungsrätin, Präsidentin FDP Supporterclub

Inhalt

3–8 Berner Freisinn

9 Petra Gössis Rückblick auf die Wahlen 2019

10 Beat Walti blickt auf die nächste Legislatur

11 Legislaturrückblick des Generalsekretärs

12 Andrea Caroni: Vorwärtsstrategie Wirtschaft

13 Damian Müller: Leistungsbilanz Umweltpolitik

14 Fotos aus dem Wahljahr

15 Das Team FDP im Wahljahr

16 Mit Menschenverstand gegen Food-Waste

17 Aufruf zur Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

18 Christa Markwalder zur Kündigungsinitiative

19 Daniela Schneeberger über «Mehr bezahlbare Wohnungen»

20 Die Neugewählten
23 stellen sich vor

Kantonalteil:
Redaktion Berner Freisinn
Neuengasse 20 | 3011 Bern
T: 031 320 36 36 | F: 031 320 36 30
E: info@fdp-be.ch | www.fdp-be.ch

Layout und Druck:
NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

Wir gehen gemeinsam weiter

Die Schweiz braucht den liberalen Pol

Liebe Freisinnige

Vieles haben wir in den letzten Monaten richtig gemacht: Unsere Mitglieder und freiwilligen Helferinnen und Helfer haben ein enormes Engagement an den Tag gelegt, das mich zutiefst beeindruckt hat. Leider wurde der grosse Einsatz unserer Basis aber schlecht belohnt – letztlich hat uns der «grüne Tsunami» am 20. Oktober nicht verschont. Jetzt nehmen wir uns die Zeit für eine fundierte Analyse. Einen ersten Rückblick auf den Wahlkampf finden Sie in diesem «Freisinn».

Als Partei des Fortschritts schauen wir aber vor allem nach vorne: Ich freue mich zum Beispiel sehr, einige neue Gesichter in der FDP-Liberalen Fraktion begrüssen zu dürfen! In dieser Ausgabe stellen sich die neuen Nationalrätinnen und Nationalräte gleich selber vor.

Ständerats-Wahlkampf

Diesen November steigen in verschiedenen Kantonen die zweiten Wahlgänge für die noch offenen Ständeratssitze. Jetzt zählen noch einmal der Wille und das Engagement aller Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer in den Kantonen. Ich werde unsere Kandidierenden für den Ständerat persönlich unterstützen und wünsche ihnen viel Kraft und Erfolg.

Liberale Lösungen in allen Themen

Liebe Freisinnige, die FDP ist die Partei der Chancen. Um diese Chancen der Zukunft packen zu können, brauchen wir in allen Themen starke liberale Lösungen, die wir zusammen erarbeiten. Das hat sich dieses Jahr einmal mehr klar gezeigt. Wir werden unsere Basis stärker einbeziehen. Wie wir bei der Umsetzung unserer freisinnigen Position in der Umwelt- und Klimapolitik unterwegs sind, zeigen wir Ihnen in dieser Ausgabe auf. Zudem präsentieren wir klare Forderungen, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Denn die Konjunktur schwächelt, unser Land braucht dringend eine Vorwärtsstrategie.

Gehen wir gemeinsam weiter

Vorwärtsgehen wollen wir auch bei der Altersvorsorge, den Gesundheitskosten oder den Bilateralen. Zudem müssen bereits die nächsten schädlichen Initiativen abgewehrt werden, darunter insbesondere die Kündigungsinitiative. Ich bin fest entschlossen, diese Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen anzugehen. Die Schweiz braucht jetzt mehr denn je einen starken, lösungsorientierten liberalen Pol. Gehen wir diesen Weg gemeinsam. Gemeinsam kommen wir weiter.

Viel Vergnügen mit der Lektüre wünscht

Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Frauenwahlen – Frauenpower

FDP Frauen Kanton Bern

Liebe Freisinnige

Der Wahltag vom 20. Oktober 2019 ist vorbei. Der Vorstand der FDP Frauen Kanton Bern gratuliert an dieser Stelle unserer Nationalrätin Christa Markwalder und unserem Nationalrat Christian Wasserfallen zur klaren Wiederwahl.

Leider hat es mit dem dritten Sitz nicht geklappt. Es war aber richtig, dass die kantonale Parteileitung bereits Anfang Jahr den Beschluss gefasst hat, auf der Liste einen hohen Frauenanteil anzustreben. Dies gelang auch mit 46 Prozent Frauenanteil. Im Vorfeld der Wahlen wurde dies auch von den Medien aufgenommen, und die FDP Kanton Bern war eine der wenigen Kantonalparteien, die im Ranking von «helvetia ruft» mit dem Prädikat «vorbildlich» bezeichnet wurde.

Mit Grossrätin Sandra Hess ist eine Frau auf dem ersten Ersatzplatz, und unter den ersten elf Kandidierenden rangieren sieben Frauen – eine starke Leistung!

Erfreulich ist auch das sehr gute Abschneiden der jungfreisinnigen Frauen auf ihren Listen. Da rangieren auf der Liste «JF Urban» gleich fünf junge Frauen auf den ersten fünf Plätzen und bei «JF Land» vier Frauen unter den ersten fünf. Chapeau!

Nun heisst es, für den zweiten Wahlgang am 17. November das bürgerliche Ticket zu unterstützen. Es ist äusserst wichtig, dass die Bürgerlichen an die Urne gehen.

Wir danken allen, die sich im Wahlkampf für die Frauen und die FDP eingesetzt haben und insbesondere allen Kandidierenden für ihren grossen Einsatz.

Namens des Vorstandes

Barbara Freiburghaus
Präsidentin FDP Frauen Kanton Bern

Reminder

Dîner der FDP Frauen

Am **21. November 2019** findet das jährliche Dîner der FDP Frauen statt.

Ort: Clé de Berne
Schauplatzgasse 39, 3011 Bern
Zeit: ab 18.30 Uhr

Referentin:
Anne-Geneviève Bütikofer,
Direktorin
des Spitalverbands H+

Anmeldungen bitte an info@fdp-be.ch

Christa Markwalder und Konrad E. Moser im Gespräch.

«Ich will die wirtschafts- und gesellschaftsliberalen Kräfte stärken»

Christa Markwalder

Wieso stellt die FDP.Die Liberalen Kanton Bern dich für den zweiten Wahlgang auf? Mit sportlichem Ehrgeiz sind wir in den zweiten Wahlgang der Ständeratswahlen gestartet. Da niemand das absolute Mehr erreicht hat, ist alles möglich. Mit meiner langjährigen Erfahrung im Nationalrat und als Nationalratspräsidentin kenne ich die politische Feinmechanik der Bundespolitik bestens und kann die Interessen unseres Kantons vom ersten Tag an vertreten. Entscheidend wird die Mobilisierung sein.

Nach dem ersten Wahlgang ist der Rückstand ziemlich gross. Wie willst du das schaffen? Die Karten werden vollkommen neu gemischt, und alle starten wieder von Feld eins. Das Resultat der Nationalratswahlen und die vielen Panaschierstimmen zei-

gen, dass ich von breiten Teilen der Bevölkerung unterstützt und als Brückenbauerin wahrgenommen werde. Als Burgdorferin vertrete ich sowohl Stadt und Land und habe die Ambition, unseren vielfältigen Kanton voranzubringen – für einen stolzen Kanton Bern und eine erfolgreiche Schweiz. Zudem hoffe ich, dass auch alle Frauen, die zur Frauenwahl aufgerufen haben, mir ihre Stimme geben.

Du steigst mit Werner Salzmann auf einem bürgerlichen Ticket in die zweite Runde. Wieso ist das die richtige Strategie? Mit dem bürgerlichen Ticket mobilisieren wir gemeinsam unsere Wählerinnen und Wähler und können einen rot-grünen Durchmarsch mit noch mehr Umverteilung und steuerlicher Belastung der Bürgerinnen und Bürger verhindern. Wir stehen beide für einen attraktiven Unternehmensstandort ein, damit die Arbeitsplätze in unserem Kanton bleiben und hier investiert wird. Zudem sind beide für eine Umweltpolitik, die auf Anreize anstatt auf Verbote setzt, wie dies die Grünen mit Fleisch- und Flugverboten und bald auch noch mit Verboten für Haustiere fordern. Es leuchtet mir nicht ein, dass es Grüne gibt, die die Staumauererhöhung am Triftgletscher verhindern wollen, denn die Wasserkraft ist für unsere Energieversorgung zentral. Klar gibt es zwischen Werner Salzmann und mir inhaltliche Unterschiede, schliesslich kommen wir ja aus verschiedenen Parteien. Auf persönlicher Ebene verstehen wir uns aber gut.

Noch nie haben sich so viele Frauen zur Wahl gestellt. Die Organisation «Helvetia ruft» hat sich in ihrem Communiqué sehr zufrieden geäussert. Was heisst dies für den Ständerat? Im Nationalrat hat es seit Einführung des Frauenstimmrechts noch nie so viele Frauen gehabt, was mich als Mitglied der Geschäftsleitung der FDP Frauen Schweiz enorm freut. Allerdings haben wir Freisinnigen keine Frau mehr im Ständerat, weshalb ich diesen Wahlkampf auch sehr motiviert für die Frauen führe.

Wurden wir von der «grünen Welle» überrascht? Angesichts der Klimademos und der Umfragen war klar, dass die grünen Themen bei diesen Wahlen besonders mobilisieren. Deshalb war die Positionierung der FDP Schweiz für eine liberale Klima- und Umweltpolitik richtig und wichtig. Persönlich beschäftige ich mich schon lange mit ökologischen Themen. So habe ich neben meinem Jus-Studium auch einen Zusatzlehrgang in allgemeiner Ökologie absolviert. Als Gründungspräsidentin der parlamentarischen Gruppe für erneuerbare Energien arbeiten wir daran, unsere Energieversorgung dank erneuerbaren Quellen zu sichern.

Die ersten regionalen Unternehmen fürchten sich vor einer möglichen Rezession. Wie kann die Politik die Unternehmen unterstützen? Die Schweiz und der Kanton Bern als stark exportorientierte Volkswirtschaften brauchen gesicherte Marktzugänge sowie Rechtssicherheit, damit sie ihre Investitionen in unserem Land tätigen und hier ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Die bilateralen Verträge mit der EU sowie die Personenfreizügigkeit sind für unsere Wirtschaft von grundlegender Bedeutung. Zudem müssen wir uns im interkantonalen Steuerwettbewerb besser behaupten. Als Bildungsstandort sind wir top, wie auch die Erfolge an den Swiss Skills oder der Wissenschafts-Olympiade jeweils eindrücklich zeigen. Für unsere Innovationskraft sind gute Bildung und Forschung das A und O.

Welche Schwerpunkte möchtest du im Ständerat setzen? Dringend ist beispielsweise eine Reform der Altersvorsorge, um die Generationengerechtigkeit sicherzustellen. Seit 1995 ist uns keine Reform mehr gelungen, obwohl wir immer älter werden und die Umverteilungen in der AHV und in der beruflichen Vorsorge zunehmen. Nur mit Zusatzfinanzierungen via Lohnnebenkosten und Mehrwertsteuer lässt sich die AHV nicht langfristig sichern. Wir müssen ein flexibles Rentenalter nach oben einführen, weshalb ich die Initiative der Jungfreisinnigen unterstütze. Als Standesvertreterin sind mir zudem intakte Infrastrukturen und gute Verkehrsanbindungen wichtig. Unser Kanton soll seine Wirtschaftskraft stärken können, um sich kontinuierlich aus der grossen Abhängigkeit des eidgenössischen Finanzausgleichs zu lösen.

Welche Erfahrungen bringst du für das «Stöckli» mit? Ich bringe 20 Jahre parlamentarische Erfahrung auf allen föderalistischen Ebenen mit. Begonnen habe ich im Stadtrat von Burgdorf, danach war ich Grossrätin und seit 2003 Nationalrätin für die FDP Kanton Bern. Dieses lange Gedächtnis hilft bei vielen Geschäften. Zudem bin ich im Bundeshaus bestens vernetzt.

Ende Januar fand die Nomination statt. Wie hast du die Zeit des Wahlkampfs erlebt? Es war eine intensive und spannende Zeit – sportlich würde ich sie mit einem Marathon vergleichen. Ich habe über 100 öffentliche Auftritte absolviert und an zahlreichen Veranstaltungen teilgenommen. Meine Sommerferien habe ich in eine «Tour de Berne» mit dem Velo investiert. Zusammen mit den Nationalratskandidatinnen und -kandidaten fuhren wir in acht Etappen 260 km durch den ganzen Kanton Bern, haben 18 innovative Unternehmen sowie kulturelle Anlässe besucht. Wir waren von Gstaad bis Meiringen, von Erlach bis Aarwangen und von St-Imier bis Langnau unterwegs. Die Tour hat uns die wunderbare Vielfalt des Kantons gezeigt und gleichzeitig einen enorm motivierenden Teamspirit unter den Kandidierenden ausgelöst. Es war der beste Wahlkampf, den ich je erlebt habe, und ich hoffe, von diesem Teamgeist kann unsere Partei auch in Zukunft profitieren.

In unserem Kanton unterscheiden sich Stadt und Land stark. Wie kannst du dich für die Verminderung des Stadt-Land-Grabens einsetzen? Die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind im Kanton Bern ausgeprägt, und derzeit sehen wir, dass fast die Hälfte der gewählten Nationalrätinnen und Nationalräte aus der Stadt Bern kommen. Der vielseitige Kanton Bern ist damit nicht wünschbar abgebildet. Als Burgdorferin kenne ich die Anliegen von Stadt und Land und weiss, dass der Kanton nicht einfach aus der Achse Biel–Bern–Thun besteht, sondern dass auch die Achse Burgdorf–Langenthal–Oberaargau wichtig ist und dass wir dem Jura bernois und der Zweisprachigkeit unseres Kantons besondere Aufmerksamkeit schenken müssen.

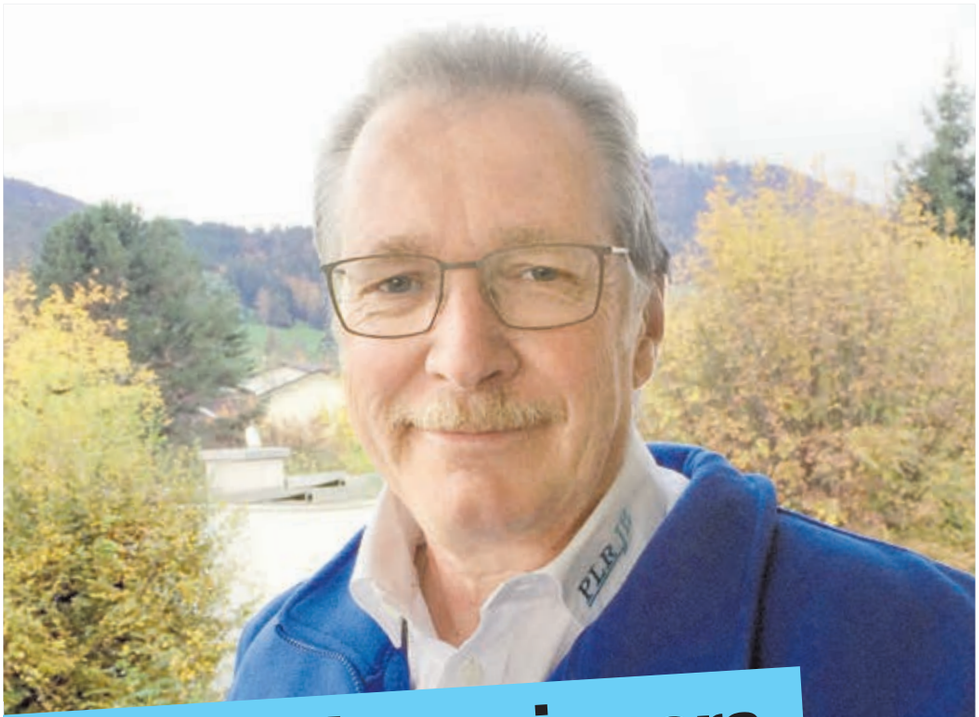
Was würde der zusätzliche Sitz für die FDP bedeuten? Nach 16 Jahren Absenz könnte die FDP Kanton Bern endlich wieder ins Stöckli zurückkehren und die wirtschafts- und gesellschaftsliberalen Kräfte im Ständerat stärken. Im Nationalrat würde zudem ein Platz frei, wodurch die FDP-Fraktion gestärkt würde. Dies muss unser Ziel sein.

Worauf würdest du dich als Ständerätin am meisten freuen? Auf konstruktive Debatten und inhaltliche Argumentationen, die am Schluss Lösungen hervorbringen, die auch in Volksabstimmungen Bestand haben.

Interview: Konrad E. Moser
Wahlkampfleiter FDP.Die Liberalen Kanton Bern

Christa Markwalder

- 1975, Burgdorf
- Nationalrätin, seit 2003
- Nationalratspräsidentin 2015/16
- Mitglied der aussenpolitischen Kommission (Kommissionspräsidentin 2010/2011)
- Mitglied der Kommission für Rechtsfragen
- Mitglied Grosser Rat Kanton Bern 2002–2003
- Juristin bei Zurich Insurance Group
- Präsidentin Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik
- OK-Präsidentin #burgdorf19.ch
- begeisterte Hobby-Gärtnerin, Cellistin und Freizeit-Jasserin



Le Jura bernois sera muet au Conseil national

Jura bernois

Le Jura bernois ne sera plus représenté sous la coupole suite à la non-réélection de Manfred Bühler. C'est une perte sèche qui aura des répercussions sur les décisions à venir pour notre région. Bien sûr d'autres Conseillers nationaux pourront être à l'écoute de nos problèmes, mais aucun ne sera assez proche des habitants du Jura bernois pour comprendre le fonctionnement de la région.

Comment en sommes-nous arrivés là? In fine les jurassiens bernois n'ont pas retenu la leçon d'il y a 8 ans avec Jean-Pierre Graber qui, pourtant sortant, n'avait pas été réélu.

Manque d'enthousiasme de la région

Une analyse rapide démontre le peu d'enthousiasme que les électeurs du Jura bernois ont pour défendre leur région. Avec une moyenne de 36,7 pour cent de participation, cela démontre clairement deux choses: soit les gens ne se sentent plus concernés par des élections et pense que leur voix ne fera pas la différence, soit la montagne de listes qui a envahi leur boîte aux lettres les a tout simplement effrayé et du coup, ces derniers n'ont pas voté.

Être au-dessus de son parti et voter bourgeois afin d'assurer un siège à sa région

En ce qui concerne le PLR Jura bernois, ce n'est pas faute d'avoir clairement pris position pour défendre le sortant tout en soutenant nos candidats régionaux. Le PLR Jura bernois appelait à ce que les partis bourgeois se tiennent les coudes. Mais là encore nous constatons que beaucoup de listes PLR n'ont pas été modifiées (donc pas de voix pour Manfred Bühler). Il est indispensable, à certaines occasions, de voter bourgeois. Dommage, nous avions les cartes en main pour que le cas Graber ne se reproduise pas. Nous n'avons pas su saisir cette opportunité.

Souvenez-vous des années après les plébiscites, nous avons eu jusqu'à 5 Conseillers nationaux. Mais en ce temps-là la participation était supérieure à 50 pour cent. Il est évident que pour l'avenir, les partis du Jura bernois devront se mettre autour d'une table afin de réfléchir sérieusement pour ne pas revivre une telle situation.

Pas de tandem rouge-vert au Conseil des États

Juste encore une réflexion. En ce qui concerne le deuxième tour pour les élections aux États, je vous demande de soutenir le ticket bourgeois, soit: Christa Markwalder et Werner Salzmann afin que nous n'ayons pas comme Conseillers aux États un tandem rouge-vert.

En vous remerciant de pouvoir compter sur vous je vous adresse mes radicales et démocratiques salutations.

Patrick Roethlisberger
Président du PLR Jura bernois

Wahlen

Herzliche Gratulation an unsere wiedergewählten Nationalräte

Christa Markwalder, Burgdorf, 66 264 Stimmen

Christian Wasserfallen, Bern, 57 155 Stimmen

Jungfreisinnige Kanton Bern

Merci, Sime!

An der Hauptversammlung vom 25. Oktober 2019 haben wir ein neues Präsidium gewählt. Bevor wir euch nun aber unseren neuen Präsidenten Alexander Martinolli und sein Team vorstellen, möchten wir unserer Altpräsidentin nochmals danke sagen.

«Ciao Caro», «Mi lieb» oder «Joooon» – So begannen meist unsere Telefonate. Auch wenn man keine Zeit hatte, zog sich das «Nur churz!» oft länger hin. Das war keineswegs schlecht, sondern schlicht effizient. Wurden meist gleich noch andere Themen als das ursprüngliche besprochen. «Weni di grad am Telefon ha» – klassisch. Ich kenne niemanden, der so oft zum Hörer griff wie Sime. Jedes Problem wurde direkt per Telefon angegangen. Keine Chance auf Entkommen, auf Verstecken. Diesen Kommunikations- und Führungsstil habe ich geschätzt. Zwar zuerst gewöhnungsbedürftig, war ich doch vor allem ein Mail-Typ. Aber eben: effizient. Und man lernte abzuschätzen, ob das eine oder andere Whatsapp wirklich sein musste. Sonst: «Ciao Caro!»
Jon Baumann, Ressort Strategie

«Als Vorstandsmitglied möchte ich mich bei dir herzlichst für deinen grossartigen Einsatz bedanken. Stets warst du für uns da, auch wenn es einmal nicht so rund lief. Mit deinem Durchblick und der nötigen Ruhe waren wir stets auf dem richtigen Weg. Eine Bar, die deinen Drink nicht führt – kein Problem für dich. Schliesslich hast du schon 2017 am Kongress in Lausanne gezeigt, dass du immer eine Lösung bereithältst. So mixte sich Sime ihren Drink kurzerhand einfach selber an der Bar. Ein Erlebnis von vielen unvergesslichen Momenten mit dir. Für die Zukunft wünsche ich dir nur das Beste.»
Sandro Conconi, Ressort IT

«Da Simone so einen guten Job gemacht hat, wie ihr alle wisst, wir Italiener fluchen häufig und gerne, hat sie mich erst nach drei Jahren zum ersten Mal fluchen gehört. Und das heisst, sie muss einen seeeehr guten Job gemacht haben. Merci für alles.»
Alexander Martinolli, Präsident

«Sime ist eine Powerfrau – egal ob es darum geht, unsere Truppe zusammenzuhalten und das liberale Feuer am Lodern zu halten, oder darum, nach einer langen Nacht am nächsten Morgen die Fitteste von allen zu sein – und dies trotz dem nicht mehr ganz so jungfreisinnigen Alter.»
Michelle Schweizer, Ressort Events

«Sime versprüht Energie, Leidenschaft, Lebensfreude und ein extrem grosses Engagement. Ich habe mich dank der ehrlichen und direkten Art von Sime stark weiterentwickelt. Der JFBE hat einen grossen Schritt nach vorne gemacht. Für die Zukunft wünsche ich Sime weiterhin das Beste und danke ihr für die geleistete Arbeit.»
Shakthiraj Ravendran, Political Campaigning

«Simone ist eine hervorragende Politikerin und Präsidentin. Sie leitete die Vorstandssitzungen effizient und hatte den Vorstand dank ihrer natürlichen Autorität stets im Griff. Ihrer Nachfolge wird sie grosse Fussstapfen hinterlassen, die wir gemeinsam mit dem, was wir von ihr gelernt haben, versuchen werden zu füllen. Ich wünsche ihr für die politische Zukunft ganz viel Freude und Erfolg!»
Laura Bircher, Vizepräsidentin

«In der kurzen Zeit, in der ich Teil des Vorstandes sein durfte, habe ich Simone als Ruhepol in teilweise hektischen Momenten erleben dürfen. Unvergessen bleiben das langwierige gemeinsame Einpacken der Spendenbriefe und die spannenden Diskussionen. Selbst den Fussmarsch bei der Anreise zum Kongresshotel in Lausanne hast du gekonnt geleitet und mit Zielstrebigkeit durchgezogen. Viel Glück auf deinem weiteren politischen Weg (möge er geradliniger verlaufen als der Weg zum Hotel) und ein Riesenmerci.»
Felix Huber, Ressort Finanzen

«Les Amis, Eidgenosse, Taube, Kreissaal, Departement 66 – in den fast drei Jahren haben wir uns viel in diesen Lokalen getroffen. Manchmal zum Feiern, manchmal, um uns konstruktiv anzuschreien, und auch manchmal, weil wir einfach Freunde wurden. Wir haben uns mit Hot Dogs und Gipfeli beschäftigt und dadurch immer ein etwas liberaleres Bern geschafft. Nun ist es an der Zeit, dass du das Steuer weitergibst. Ich werde jedoch immer in der Bar sitzen und auf dich warten – jedoch weniger aufgrund von Politik; auch schön!»
Loris Urwyler, Vizepräsident

«Mut steht am Anfang des Handelns, Glück am Ende» – Demokrit. Ich bin glücklich, und ich bin dankbar für die tausend schönen Momente. Danke, liebe Jungfreisinnige Kanton Bern. Ihr seid für immer in meinem Herzen. You've got my back.
Simone Richner, Altpräsidentin

… und wegen all dem: Merci, Sime!
Jungfreisinn Kanton Bern

Seit März 2017 war Simone Richner die erste Frau an der Spitze der Jungfreisinnigen Kanton Bern. Sie engagierte sich auf kantonaler Ebene u. a. für das Tram Ostermundigen, das Steuergesetz 2019 und die Umfahrung Oberaargau sowie national gegen das Geldspielgesetz, gegen die Selbstbestimmungsinitiative oder für die Waffenrichtlinie. Parteiintern erhöhte sie den Mitgliederbestand merklich, manövrierte den JFBE erfolgreich durch vier nationale Kongresse und führte die Jungfreisinnigen Kanton Bern mit einzigartigen sechs Listen durch die Grossratswahlen und mit rekordverdächtigen zwei eigenständigen Listen mit 44 Kandidierenden durch die Nationalratswahlen. Auch die Zusammenarbeit mit der FDP wurde unter Richner intensiviert. So hinterlässt sie den Jungfreisinnigen das Geschenk der Gratismitgliedschaft bei der FDP bis zum 28. Lebensjahr – «eine echte Stärkung der Freisinnigen-Familie!», finden wir. Den Schritt in die Mutterpartei hat sie bereits im Januar gemacht und das Vizepräsidium der FDP Stadt Bern übernommen.

Einzigartiger Team-Spirit

E-Mail vom Wahlkampfleiter Konrad E. Moser

«Liebe FDP-Kandidierende, liebe FDP-Familie

Am 20. Oktober 2019 wurden die Stimmen für die Nationalratswahlen ausgezählt, und wir haben erfahren, welche Parteien wie abgeschnitten haben und wer den Kanton Bern in den nächsten vier Jahren im Nationalrat vertreten wird.

Auch wenn wir unsere Ziele nicht wie gewünscht erreicht haben, darf ich erfreut feststellen, dass wir eines unserer Ziele erreicht haben: «Gemeinsam weiterkommen», hiess der Leitsatz der FDP für diese Wahlen. Und wir sind tatsächlich gemeinsam weitergekommen. Unter Einsatz der Stärken jeder einzelnen Person, die an dieser Kampagne mitgewirkt hat, haben wir enorm viel erreicht. Es begann mit einem Kick-off im März in einem Iglu am Fusse des Stockhorns. Was danach folgte, war einmalig und in der Geschichte der FDP Kanton Bern wahrscheinlich noch nie da gewesen. Darauf deuten die Rückmeldungen von Christa Markwalder, Christian Wasserfallen und anderen Kandidierenden hin. Über die Fotoshootings, die Velotour mit Christa und diverse Wahlanlässe bis hin zur intensiven Flyer- und Standperiode in den vergangenen Wochen ist ein Team zusammengewachsen, das seinesgleichen sucht. Alle haben am gleichen Strick gezogen – und in dieselbe Richtung –, haben sich gegenseitig unterstützt und kreativ mitgewirkt.

Ich wurde Anfang vergangenen Oktober 2018 gefragt: Warum übernimmst du die Wahlkampfleitung? Warum dieser Aufwand? Warum sich jeden Morgen auf ein Ziel besinnen, das man vielleicht gar nicht erreicht? Heute kann ich sagen: Darum! Einen derartigen Team-Spirit habe ich noch selten erlebt. Und genau für ein solches Team wollte ich mich einsetzen. Dafür danke ich allen herzlich!

Mitte November, nach dem 2. Wahlgang der Ständeratswahlen mit Christa, ist dieser Wahlkampf 2019 vorbei. Aber unsere Arbeit ist noch lange nicht zu Ende. Der Weg, den wir auf dem Stockhorn eingeschlagen haben, geht weiter! Wir müssen auf dem Erreichten aufbauen. Wir müssen gegen unsere Konkurrenten kämpfen. Wir müssen die Lehren aus dem Erlebten ziehen und immer weiter dazulernen. Ganz einfach: Wir müssen noch besser werden. Den Kontakt zur Bevölkerung, den wir in unzähligen Gesprächen aufgebaut haben, weiterpflegen. Den Bernerinnen und Bernern zuhören. Wir müssen selbstbewusst und sichtbar sein, denn nur so können wir euch als exzellente Politikerinnen und Politiker, die einfach besser sind als die anderen, in die Parlamente bringen, wo ihr auch hingehört. Das sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig, den Wählenden von heute genauso wie den Kindern, unserer nächsten Generation.

Lasst mich das Stichwort der nächsten Generation gleich aufnehmen. Ein weiterer Erfolg, den wir bei diesem Wahlkampf erreicht haben, ist die Zusammenarbeit mit unserem eigenen Nachwuchs, den Jungfreisinnigen Kanton Bern. Ich wage zu behaupten, dass der Zusammenhalt der «Jungen» mit den «nicht mehr ganz so Jungen» in keiner anderen Parteifamilie so gut ist wie bei uns. Teilweise greifen andere Jungparteien ja ganz offen aktuelle Parlamentsmitglieder an. Ich hoffe, dass Alexander Martinolli als Nachfolger von Simone Richner im Parteipräsidium der Jungfreisinnigen diesen Weg mit uns weitergeht.

Selbstverständlich darf auch eine weitere Leistung nicht unerwähnt bleiben: Als ich die Wahlkampfleitung übernahm, habe ich mir das Ziel gesetzt, eine Liste mit 50 Prozent Frauen und 50 Prozent Männern zu erreichen. Und wir haben es fast geschafft. Der Frauenanteil betrug wie früher erwähnt 46 Prozent – ein schönes Resultat! Natürlich dürfen wir uns auf diesen Lorbeeren nicht ausruhen und wollen uns weiter dafür einsetzen, dass wir die Parität erreichen werden!

Unsere Rechnung «3 + 1 für den Kanton Bern» ist noch nicht aufgegangen. «MERCI à tous» für alles, was sein durfte und noch sein wird. Es hat Spass gemacht mit einem echten Team, das Fortschritt ermöglichen und Toplösungen umsetzen will. Wir alle sind «Möglichmacherinnen und Möglichmacher», die sich für unseren Kanton und für unsere Gesellschaft einsetzen. Lasst uns das auch in Zukunft bleiben! Wir haben das Wahlresultat zusammen als Team entgegengenommen, und nun wollen wir mit weiterer blauer Power «draablibe»!

Wir haben uns klar entschieden, mit unserer bestens qualifizierten Christa Markwalder für den 2. Wahlgang der Ständeratswahlen anzutreten. Wir sind überzeugt, dass mit einer breiten Mobilisierung über unsere Parteibasis hinaus und dank eines grossen Efforts der Wiedereinzug in den Ständerat nicht nur wünschbar, sondern auch machbar ist!

Damit wir einen rot-grünen Durchmarsch für die Standesvertretung unseres Kantons verhindern können, haben wir uns mit der SVP und ihrem Kandidaten Werner Salzmann zu einem bürgerlichen Ticket zusammengeschlossen. Mit diesem Schritt und mit der Zusicherung der gegenseitigen Unterstützung bietet sich die Chance, auch längerfristig die Zusammenarbeit unter den bürgerlichen Parteien wieder zu stärken.

Unser Ziel muss sein, den vor 16 Jahren verlorenen FDP-Sitz zurückzuerobern und die liberalen und konstruktiven Kräfte im Stöckli zu stärken. Seit der Wahl von Karin Keller-Sutter in den Bundesrat haben wir keine freisinnige Ständerätin mehr. Mit der Wahl von Christa in den Ständerat würde auch die Berner freisinnige Delegation im Bundeshaus auf drei Mitglieder wachsen.

Für den zweiten Wahlgang am 17. November müssen wir noch einmal kräftig mobilisieren. Bitte motiviert euer Umfeld, an die Urne zu gehen und bürgerlich zu wählen. Es ist sehr wichtig!»

Herzlich,

Konrad E. Moser
Wahlkampfleiter FDP.Die Liberalen Kanton Bern

Baustellen in der neuen Legislatur anpacken

Zu den Wahlen 2019

Das Wahlresultat am 20. Oktober war eine Enttäuschung. Der grüne Tsunami hat uns trotz Schärfung unserer liberalen Umweltpolitik nicht verschont und das Engagement unserer Basis leider nicht belohnt. Aber jetzt müssen wir nach vorne schauen – denn in vielen Politikbereichen braucht es liberale Lösungen, gerade auch in der neuen Ausgangslage.

Der Rückgang in Wählerprozenten enttäuscht. Vor allem schmerzen die Sitzverluste. Umso mehr, weil sie liberale Menschen treffen, die sich über Jahre mit Herzblut für unsere Heimat eingesetzt haben. Wir nehmen uns nun die Zeit für eine fundierte Analyse. Bereits jetzt lassen sich jedoch einige Schlüsse ziehen. So zeigt sich, dass eine gute Personalplanung absolut zentral ist. Wir brauchen in allen Kantonen langfriste Nachfolgestrategien mit entsprechenden Ausbildungen und Förderprogrammen. Ebenfalls wichtig sind langfristige Überlegungen zu möglichen Allianzen und Listenverbindungen, die von Kanton zu Kanton unterschiedlich sein können.

Gefreut hat mich das Engagement der Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer. Es wurden Hunderte von Aktionen durchgeführt, und es wurde mit viel Freude und Elan gekämpft. Dieses Basisengagement müssen wir weiter stärken. Es führt nichts daran vorbei, das Wissen und das Engagement unserer Mitglieder aller Ebenen weiter zu fördern und darauf zurückzugreifen.

Wir müssen an unseren Positionen arbeiten

Ein breit diskutiertes Thema in diesem Wahlkampf war die Stärkung unserer Umweltpositionierung im Wahljahr. Ich bin heute mehr denn je der Überzeugung, dass es die richtige Entscheidung war – auch in einem Wahljahr. Es ist heute klar, dass wir damit Schlimmeres verhindert haben. Die Stärkung wird sich in Zukunft noch mehr auszahlen. Ich bin überzeugt, dass wir hier den richtigen Weg eingeschlagen haben.

Trotzdem, wir müssen uns jetzt grundsätzliche Gedanken machen. Denn die drei letzten nationalen Wahlen haben klargemacht, dass in erster Linie extern diktierte Themen über Erfolg und Nichterfolg bestimmen. Dies zeigt, dass wir an all unseren Positionen konsequent arbeiten und diese weiterentwickeln müssen – damit wir auf alles vorbereitet sind. Wir brauchen in allen Themen starke Lösungen, die sich gegen diejenigen der anderen Parteien durchsetzen. Wir müssen inskünftig in allen Bereichen bereit sein, den Menschen liberale Lösungen offensiv präsentieren zu können. Hier liegt die Verantwortung von uns als Volkspartei. Schliesslich haben wir in den nächsten Jahren gemeinsam grosse Herausforderungen zu stemmen. Ich denke insbesondere an die Altersvorsorge und die Wirtschaftssituation.

Expertise aus der Basis einbeziehen

Dabei müssen wir die Expertise aus unserer Basis miteinbeziehen, wie das beim Themenkomplex Umwelt und Klima geschehen ist. Die Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, ihre Perspektive und ihre Lösungsvorschläge bezüglich eines Problems einzubringen. Geeignete Gefässe sind zu schaffen, und der Prozess ist zu definieren. Klar ist, dass der ordentliche Prozess der Positionierung erhalten bleiben muss.

Ich möchte mich nochmals ganz herzlich für Ihr Engagement für unsere Partei bedanken. Gerade jetzt braucht es uns mehr denn je!

Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Fortschritt statt Ideologie von gestern

Viele Herausforderungen für die 51. Legislatur

Das Wahlergebnis vom 20. Oktober zeigt, dass die Bevölkerung in der nächsten Legislatur Lösungen in der Umwelt- und Klimapolitik erwartet. Die FDP steht zu den ambitiösen Zielen – doch wer glaubt, das sei das einzige drängende Problem, irrt sich. Es braucht v. a. auch in der Europapolitik, bei der Rentenreform und in der Steuerpolitik liberale, freisinnige Lösungen zugunsten einer fortschrittlichen und zukunftsfähigen Schweiz. Auch in der 51. Legislatur wird die FDP auf die Kraft des Wettbewerbs setzen und rot-grüne Planwirtschaft und Bevormundung ebenso bekämpfen wie konservative Abschottung.

Der Ausgang der eidgenössischen Wahlen am 20. Oktober war für die FDP ein Ausrufezeichen und ein Auftrag zugleich. In der kommenden Legislatur wird es absolut zentral sein, eine rot-grüne Politik der Bevormundung und Verbote zu verhindern. Die FDP wird im Zeichen des Fortschrittes weiterhin je nach Dossier und Vorlage mit unterschiedlichen Partnern Mehrheiten suchen, um die Schweiz weiter vorwärtszubringen.

Europapolitik: Sicherung des bilateralen Wegs

Das Europadossier wird die Bundespolitik in der neuen Legislaturperiode weiter intensiv beschäftigen. Einerseits gilt es, die brandgefährliche Kündigungsinitiative konsequent zu bekämpfen, weil sie das Ende des erfolgreichen bilateralen Weges bedeuten würde. Andererseits muss das zukünftige Verhältnis zur EU geklärt werden: Das Rahmenabkommen ist nötig, um den Zugang zum EU-Binnenmarkt langfristig zu sichern und zu entwickeln. Aus Sicht der FDP ist das Verhandlungsergebnis im Grundsatz gut. Der Bundesrat muss aber weitere Konkretisierungen anbringen, wo der Vertragstext zu viel Interpretationsspielraum lässt.

Ehrliche Reform der Altersvorsorge

Wenn sich das Parlament zu Beginn der neuen Legislatur über die Reform AHV21 beugt, darf nicht erneut eine Ausbau-Vorlage entstehen, die später vom Volk abgelehnt wird. Wichtig ist, dass die Ausgleichsmassnahmen für die Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 Jahre mit Augenmass festgelegt werden und die Einsparungen nicht gleich wieder zunichtemachen. Die Reform muss möglichst rasch in Kraft treten, damit die Finanzierung der AHV für die kommenden Jahre gesichert ist. Die langfristige Stabilisierung über eine strukturelle Reform ist ebenfalls in der nächsten Legislatur aufzugleisen. Zudem ist die systemwidrige Umverteilung von Jung zu Alt in der zweiten Säule einzudämmen.

Attraktives steuerliches Umfeld

Kaum ist mit der STAF17 die Reform der Unternehmensbesteuerung gelungen, ziehen bereits wieder dunkle Wolken am Horizont auf. So plant die OECD eine Besteuerung der digitalen Wirtschaft, welche u. a. eine internationale Mindestbesteuerung von Unternehmen bewirken soll. Um vorzusorgen und konkurrenzfähig zu bleiben, muss die Schweiz bestehende steuerliche Wettbewerbsnachteile abbauen. Ich denke dabei etwa an die angekündigte Reform der Verrechnungssteuer und die Abschaffung der Stempelabgaben. Der berechtigte Feldzug gegen die «Heiratsstrafe» kann nur mit der Individualbesteuerung erfolgreich abgeschlossen werden. Der Kampf gegen die 99-Prozent-Initiative der JUSO bietet die Chance, die extreme Progression der Besteuerung zu thematisieren.

Freisinnige Lösungen für Energie und Umwelt

Nachdem der Ständerat in der Herbstsession 2019 den Weg für einen tragfähigen Kompromiss bei der Totalrevision des CO_2-Gesetzes vorgespurt hat, liegt der Ball jetzt bei der grossen Kammer, um gezielte Verbesserungen an der Vorlage vorzunehmen. Es braucht Massnahmen im In- und Ausland, die auf Fortschritt, Eigenverantwortung und Kostenwahrheit setzen. Wir werden uns dabei auch weiterhin am freisinnigen Positionspapier zur Umwelt- und Klimapolitik orientieren. Zudem muss endlich die vollständige Strommarktöffnung in die Wege geleitet werden, um u. a. die Versorgungssicherheit zu sichern.

Beat Walti
Nationalrat, Fraktionspräsident

Ein gutes Team: Die FDP-Liberale Fraktion (hier noch vor den Wahlen) und die Mitarbeiter des Generalsekretariats.

Vier fordernde Jahre

Die Struktur der Partei in Vollbelastung

Eine äusserst intensive Legislatur liegt hinter der Partei. Nicht nur politisch, sondern auch in der Parteistruktur wurden wichtige Weichen gestellt. Ein breites Fundament für die nächsten Jahre ist gelegt.

Wohl kaum eine andere Partei hatte in der vergangenen Legislatur so viele Grossprojekte zu bewältigen. Insbesondere drei Ereignisse waren für die Partei wichtige Weichenstellungen: Der Wechsel des Parteipräsidiums, wo Petra Gössi das Zepter von Philipp Müller übernahm. Dann der Rücktritt von alt Bundesrat Didier Burkhalter 2017 und der Prozess bis zur Wahl von Bundesrat Ignazio Cassis sowie schliesslich, nur ein Jahr später, der Rücktritt von alt Bundesrat Johann Schneider-Ammann und die Wahl von Bundesrätin Karin Keller-Sutter. Planung, Organisation und Durchführung dieser aussergewöhnlichen Ereignisse waren eine grosse Herausforderung für die Parteistrukturen, insbesondere auch für das Generalsekretariat.

Im Laufe der Legislatur hat das «GS» als politische Stabs- und administrative Zentralstelle der Partei eine umfangreiche Reorganisation erfahren, um noch schlagkräftiger zu werden. Als Beispiel dient die Professionalisierung der Parteianlässe: Wir haben unter anderem 15 Delegiertenversammlungen, 2 Parteitage, 4 Fraktionsseminare, 1 nationaler Wandertag, 1 Jubiläumswochenende und 1 Wahlkampfcamp erfolgreich gestemmt. Von Anlass zu Anlass haben wir weiteroptimiert und jedes Mal ein höheres Niveau erreicht. Daneben nahmen wir wichtige Investitionen und Entwicklungen im digitalen Bereich vor, die für die langfristige Arbeit der Partei zentral sind.

Alle Bereiche des Generalsekretariates gefordert

Die FDP ging zudem aus 31 von 33 Volksabstimmungen als Siegerin hervor. Das zeigt, wie nah der Freisinn an den Menschen politisiert. Es zeigt aber auch, dass das Kampagnenteam der Partei hervorragende Arbeit leistet. In besonderer Erinnerung bleiben mir Vorlagen wie die Durchsetzungs-Initiative, die Altersvorsorge 2020, die Selbstbestimmungs-Initiative, die AHV-Steuervorlage STAF – aber auch die verlorene Unternehmenssteuer-Reform III.

Auch auf inhaltlicher Ebene haben wir viel erreicht, etwa durch wichtige Positionspapiere. Besonders hervorzuheben sind hier die Vorwärtsstrategie Wirtschaft, das Europapapier und natürlich unsere Position für eine freisinnige Umwelt- und Klimapolitik. Oft liefen solche inhaltlichen Projekte parallel zu anderen Grossprojekten wie Bundesratswahlen oder eidgenössische Wahlen und Abstimmungen.

Gute Ausgangslage für die Zukunft

Zwar können wir mit dem Resultat der Wahlen nicht zufrieden sein – der riesige Einsatz der Basis und der Partei wurde schlecht belohnt. Nichtsdestotrotz konnten wir Schlimmeres abwenden, auch dank vieler innovativer Kampagnenmassnahmen: So setzte die FDP als erste Schweizer Partei auf einen systematischen, datengestützten Tür-zu-Tür-Wahlkampf und führte eine Onlinekampagne durch, die die Schweiz noch nie gesehen hat. Der Wahlkampf der FDP – gerade die Basismobilisierung – hat für die Schweiz neue Massstäbe gesetzt.

Hinter uns liegt eine unheimlich intensive und anstrengende Legislatur. Eine Legislatur, die auch das «GS» an die strukturellen Grenzen gebracht hat. Die vollständige Wirkung der Arbeiten und Innovationen wird aber erst in einigen Jahren sichtbar. Darauf dürfen wir uns freuen.

Samuel Lanz
Generalsekretär FDP.Die Liberalen

«Die volle Wirkung der Innovationen wird erst in einigen Jahren sichtbar.»

Nur wer sich vorbereitet, ist für die Zukunft bereit

Eine Vorwärtsstrategie für die Schweiz

Die Lage der Wirtschaft in der Welt, in Europa und in der Schweiz verdüstert sich. Entwicklungen wie der US-chinesische Handelsstreit, eine mögliche Rezession in Deutschland oder erodierende Beziehungen zur EU können die offene und exportorientierte Schweiz empfindlich treffen. Darum ist es höchste Zeit für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik zum Nutzen aller.

Heute ist die Arbeitslosigkeit tief, der Wohlstand breit verteilt und die Chancenvielfalt gross. Das ist jedoch nicht selbstverständlich, sondern das Resultat von langer, harter Arbeit und weitsichtigen Entscheiden. Doch darauf können wir uns nicht ausruhen, denn die wirtschaftspolitischen Zeichen verdüstern sich. Wir müssen optimale Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen in ihren Entscheidungen möglichst frei sind, gute berufliche Perspektiven haben und weder von hohen Steuern noch einer übermässigen Paragrafenflut gegängelt werden. Wir müssen jetzt handeln und wichtige Reformen anpacken, bevor es zu spät ist. Darum haben wir am 22. August 2019 eine Vorwärtsstrategie präsentiert. Eine Auswahl unserer Forderungen finden Sie hier, zum vollständigen Papier gelangen Sie über unsere Website oder indem Sie das Bild mit der XTEND-App scannen.

- Wir müssen den Unternehmen **Innovation** erlauben und sie nicht in unnötige bürokratische Kämpfe verwickeln. Der Einheitssatz bei der Mehrwertsteuer z. B. ist lange überfällig.
- Als Hochtechnologieland braucht die Schweiz genügend gut qualifizierte **Fachkräfte** – aus dem In- wie dem Ausland. Darum fordern wir beispielsweise ein Start-up-Visum für die Techszene.
- **Liberale Rahmenbedingungen** im Inland fördern einerseits die Binnen- und die Exportwirtschaft und machen die Schweiz andererseits attraktiv für Investitionen und neue Arbeitsplätze aus dem Ausland. Darum sind wir etwa gegen Wettbewerbsverzerrungen durch Staatsunternehmen.
- Der **Zugang zum EU-Binnenmarkt** nützt uns und muss langfristig abgesichert werden. Gleichzeitig ist das Netz der Freihandelspartnerschaften ausserhalb der EU zu stärken.
- Wir fordern eine langfristige **Steuerstrategie** der Schweiz: Die Höhe muss für alle verhältnismässig sein, und Steuereinnahmen sind mit attraktiven Bedingungen am Standort Schweiz zu sichern. Zudem muss das Steuersystem einfach sein und darf Leistungswillen nicht bestrafen.
- Unser exzellenter **Forschungs- und Innovationsplatz** hängt zu einem grossen Teil von der Teilnahme an den EU-Forschungsrahmenprojekten ab. Das wollen wir weiterführen. Gleichzeitig sind mehr Kooperationen mit führenden Forschungsstaaten ausserhalb von Europa anzustreben.
- Wir brauchen eine **Finanzplatzregulierung,** welche zwar die Risiken eliminiert, nicht aber gleich den ganzen Finanzsektor mit dazu.

Die zuständigen Bundesräte und das Parlament sind in der Verantwortung, die zurzeit noch gute Ausgangslage durch eine aktive Strategie gezielt zu stärken und Wettbewerbsnachteile abzuschaffen. Statt gemeinsam vorwärtszuschreiten, fordern jedoch gewisse Kräfte mehr Regulierung und Ausgaben. Andere Kräfte treiben ihre Politik der Abschottung voran. Dies können wir uns nicht erlauben, denn die Wirtschaft braucht liberale Rahmenbedingungen.

Andrea Caroni, Ständerat AR

Mit Verstand und Augenmass handeln

Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang

Die FDP hat Anfang Jahr das Versprechen abgegeben, ihre Umwelt- und Klimapolitik zu stärken. Aus der Beratung des CO_2-Gesetzes im Ständerat und anhand der eingereichten und teilweise bereits angenommenen Vorstösse wird klar, dass wir unser Versprechen gehalten haben und die Umsetzung des Positionspapiers in vollem Gang ist. Diesen Weg werden wir fortsetzen.

Für die FDP ist klar, dass wir gegenüber den nachfolgenden Generationen eine Verantwortung tragen. Nichtstun ist keine Option! Unter Einbezug unserer Basis sowie sämtlicher Parteigremien wurde innert wenigen Monaten eine starke, freisinnige Umwelt- und Klimapolitik erarbeitet, die sich an den liberalen Prinzipien Eigenverantwortung, Innovation und Kostenwahrheit orientiert und von den Delegierten am 22. Juni sehr klar bestätigt wurde.

Gegen Verbotspolitik und Verweigerungshaltung

Im Gegensatz zu anderen Parteien orientiert sich die umweltpolitische Position der FDP an einem umfassenden Begriff der Nachhaltigkeit, ist also ökologisch, ökonomisch und sozial nachhaltig. Nur so lassen sich echte Fortschritte erzielen. Dabei sind wir uns bewusst, dass wir vermutlich die erste Generation sind, die den Klimawandel im Alltag tatsächlich spürt, und gleichzeitig auch die letzte Generation, die tatsächlich wirksame Massnahmen gegen den Treibhausgasanstieg ergreifen kann. Ob im neuen CO_2-Gesetz oder mit den bereits eingereichten Vorstössen, wir setzen auf einen ausgeklügelten Massnahmenmix, der diejenigen profitieren lässt, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Totalrevision CO_2-Gesetz

Das vom Ständerat verabschiedete CO_2-Gesetz ermöglicht die konforme Umsetzung der Pariser Klimaziele. Die Rückmeldungen unserer Basis und die Erarbeitung des Positionspapiers waren für die Vertreter der FDP eine zentrale Stütze. Unter unserer Federführung konnten wir im Ständerat diverse Massnahmen beschliessen, an denen sich die Wirtschaft, der Gebäudesektor und der Verkehr orientieren können. Auch wenn in der weiteren Detailberatung durchaus noch Korrekturen möglich und nötig sind, ist der Gesetzesentwurf bereits jetzt ziemlich ausgewogen. Gemäss dem liberalen Grundgedanken kann jeder Mensch selbst entscheiden, ob er sich klimafreundlich verhalten will oder nicht. Sowohl bei der Mobilität als auch bei Heizungen gilt: Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel. Das gilt speziell für die neu eingeführte Flugticketabgabe. Denn ein Grossteil wird wieder an die Bevölkerung zurückverteilt. Aus dem Klimafonds werden Mittel für Massnahmen zur langfristigen Verminderung der CO_2-Emissionen von Gebäuden, im Luftverkehr und für Klimainnovationen in der Schweiz und weltweit verwendet.

Weitere Massnahmen

Die FDP hat neben dem Fokus auf die Beratung des CO_2-Gesetzes zahlreiche Forderungen des Positionspapiers mit über 30 Vorstössen in den politischen Prozess geschickt (siehe die Forderungen der FDP auf unserer Homepage). Die Fraktion fordert den Bundesrat auf, das Potenzial von Fernwärme- und Fernkälteanlagen aus erneuerbaren Energien zur Reduktion von CO_2-Emissionen und zur Sicherung der Energieversorgung aufzuzeigen. Ein weiterer Vorstoss regt die Schaffung von Pilotregionen im Strassenverkehr an, um zukunftsfähige Mobilitätslösungen zu testen. Ebenso soll die Finanzbranche neue Anreize erhalten, um nachhaltige Anlagen zu fördern. Es tut sich also einiges – wir halten, was wir versprechen! Die FDP nimmt ihre Rolle ernst und wird diesen Weg weitergehen. Denn es braucht auch in der Umwelt- und Klimapolitik griffige, freisinnige Lösungen, wenn wir nicht in einer Welt voller Verbote und Bevormundung landen wollen.

Damian Müller, Ständerat LU

«Nichts wird verboten, aber wer sich sparsam und ökologisch verhält, schont den Geldbeutel.»

Aus dem Fotoalbum der FDP

Das war das Wahljahr 2019

Es war lang und intensiv, das Wahljahr 2019. Wir präsentieren Ihnen einige der besten Schnappschüsse.

Ein grosser Erfolg im heissen Sommer: Die FDP-Sonnencreme-Aktion – damit Du kein Roter wirst.

Das 125-Jahr-Jubiläum der FDP wurde am 2. Februar gleich am Gründungsort, dem Bahnhofbuffet Olten, gefeiert.

Ballonfahren ist Teamarbeit.

Motivierte Nationalratskandidatinnen und -kandidaten am Tag der FDP in Aarau am 31. August.

Die Guerilla-Aktion «Neuland», die dem Thema Digitalisierung gewidmet war, erregte schweizweit Aufmerksamkeit.

Der FDP-Messestand mitsamt VR-Brillen und blauer Zuckerwatte fand überall in der Schweiz viel Anklang.

Die Schweiz will: Petra Gössi während ihrer Rede am Tag der FDP in Aarau.

Impressionen aus unserer Basis

Team FDP – gemeinsam weiterkommen

Das Team FDP ist eine Erfolgsgeschichte. Anfang des Jahres 2019 lanciert, hat sich die Basismobilisierung rasch und stark entwickelt. Das Team FDP bleibt auch nach den Wahlen aktiv und wird die Botschaft der FDP weiter an die Menschen in der ganzen Schweiz tragen. Wir zeigen einige Impressionen aus dem Wahljahr.

Im Team FDP haben alle Freisinnigen die Möglichkeit, ihre individuellen Fähigkeiten noch besser einzubringen. Das Team FDP hat sich im Wahljahr bewährt und soll weiter wachsen – werden Sie ein Teil davon, es gibt noch viel zu tun:

https://www.teamfdp.ch/macht_mit

Das Engagement im Team FDP war breit: Es wurden Sonnencremes verteilt …

… oder Spitzbuben unter die Leute gebracht …

… mehrmals mit dem Team FDP unterwegs war auch Petra Gössi.

Ausserdem entstand der Digitalisierungs-Podcast «Abenteuer Fortschritt» …

… Plakate wurden angebracht …

… Sportanlässe im Team absolviert …

… und natürlich gingen rund 1000 Freiwillige von Tür zu Tür …

… um mit den Menschen zu sprechen und sie zu mobilisieren.

Folgen Sie dem Team FDP hier:

@teamFDPSchweiz

@teamFDPSchweiz

@teamfdp_schweiz

Von links: Jobst Wagner, SD21, Beat Brechbühl, Initiant 5 vor 12, Christian Siegenthaler und Andreas Gerber, SVC-Präsident, bei der Preisverleihung im Berner Rathaus. (PPR/Manuel Lopez)

Mit Menschenverstand gegen Food-Waste

Mehr Nachhaltigkeit – nicht mehr Regulierung

Als Praktikant bei der FDP Schweiz setze ich mich täglich für einen schlanken Staat ein. Und so weiss ich: Um Missstände zu korrigieren, braucht es nicht unbedingt neue Regulierung – manchmal reicht eine Portion gesunder Menschenverstand anstelle von Paragrafen völlig aus. Zum Beispiel sollen Lebensmittel auch nach Überschreitung des Mindesthaltbarkeitsdatums verkauft werden können. Mit dieser Idee konnte ich die zweite Ausgabe des Wettbewerbs «5 vor 12 – Preis für schlaue De-Regulierung» gewinnen.

Würden Sie jeden Tag 5 Tafeln Schokolade wegwerfen? Bestimmt nicht, oder? Doch Herr und Frau Schweizer produzieren pro Jahr 190 Kilogramm «Food-Waste» – rund 500 Gramm pro Tag. Die 2,6 Millionen Tonnen im Abfall statt auf dem Teller landenden Lebensmittel fallen zwischen Produktion und dem privaten Konsum an. Dazu zählen also auch die krummen Rüebli, die nicht verkauft werden dürfen. Doch auch schafft es ein Produkt bis ins Regal, hat es eine befristete Lebenszeit: das Mindesthaltsbarkeitsdatum, kurz MHD. Heute ist es so, dass nach Überschreitung des MHD Lebensmittel vergärt, kompostiert oder verbrannt werden müssen.

Eigenverantwortung wird gestärkt

Hier setzt meine Deregulierung an. Die Eigenverantwortung der Bevölkerung wird gestärkt und gleichzeitig die Beziehung zu Lebensmittel hinterfragt, so intelligenter mit unseren Ressourcen umgegangen und zu guter Letzt spart auch die Wirtschaft Geld.

Grossverteiler sollen die Möglichkeit haben, in einem gekennzeichneten Bereich der Verkaufsfläche Lebensmittel, die das MHD überschritten haben, weiterverkaufen zu können. Frische Lebensmittel wie Eier, Fisch oder Fleisch mit einem gesundheitsschädigenden Risiko sind davon ausgenommen. Teigwaren, Dosenravioli oder Tiefkühlkost sind dagegen auch einige Tage, Wochen oder gar Monate nach Überschreitung des MHD einwandfrei geniessbar.

Es lohnt sich auch für Grossverteiler

Das MHD bedeutet nicht, dass ein Lebensmittel am Tag X+1 giftig ist! Es ist an der Zeit, der Bevölkerung mit neuen Konzepten und Ansätzen auch in diesem Bereich die Eigenverantwortung zurückzugeben und sie selber entscheiden zu lassen, ob die tiefgekühlten Erbsli oder die Banane noch geniessbar sind. Auch für die Grossverteiler, sprich die Wirtschaft, lohnt sich diese Deregulierung. Sie spart jährlich 500 Millionen Franken für die Entsorgung und Vernichtung der Lebensmittel. Mit meinem Vorschlag werden die Lebensmittel auch nicht verschenkt, sondern zu kostendeckenden Preisen verkauft.

Eine wichtige Frage ist natürlich auch: Besteht seitens Konsumenten überhaupt eine Nachfrage nach diesem Angebot?

Ich kann dies doppelt bejahen. Einerseits durch das «Containern», das Sammeln von Lebensmitteln aus Containern bei Supermärkten. Leute, die es betreiben, bewegen sich in einer Grauzone. Müssen sie, um zu den Containern zu gelangen, ein Schloss aufbrechen oder einen Zaun überwinden, droht ihnen eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs oder Sachbeschädigung. Durch meinen Vorschlag wird die Illegalität aufgehoben. Das zweite Argument ist der grüne Tsunami vom 20. Oktober. Die Leute in der Schweiz wollen sich nachhaltiger um unsere Ressourcen kümmern. Dann ist es auch bei den Lebensmitteln Pflicht!

Mein Vorschlag ist eine Deregulierung, die das verantwortungsvolle Handeln der einzelnen Bürgerinnen und Bürger fördert, Food-Waste verhindert, die Wirtschaft entlastet und unsere natürlichen Ressourcen schont.

Christian Siegenthaler, Praktikant Kampagnen, Generalsekretariat FDP.Die Liberalen

Christian Siegenthaler bei der Präsentation seiner Idee. Der nationale Ideenwettbewerb wurde 2019 zum zweiten Mal durchgeführt.

Ständerat: Auf zum 2. Wahlgang!

Gemeinsam weiterkommen.

Gehen Sie wählen!

Unternehmens-Verantwortungs-Initiative

Bürokratie-Monster und Haftungskatastrophe für KMU!

Die sogenannte Konzern-Initiative ist ein gefährlicher Etikettenschwindel für KMU. Denn die Folgen treffen die KMU mit voller Wucht. Neue Haftungsregeln und unklare, weitgehende Anforderungen an die Sorgfalts- prüfung erzwingen einen bürokratischen Kontrollapparat. Auch können KMU für Vorkommnisse bei Zulieferern im In- und Ausland zur Kasse gebeten werden.

Die KMU sind unverhältnismässig stark von der linken Initiative betroffen:

- KMU haften nicht nur für ihre eigenen Aktivitäten, sondern auch für Verfehlungen von selbstständigen Zulieferern - sogar ohne eigenes Verschulden.
- Grossunternehmen werden die neuen Auflagen und ihr grosses Haftungsrisiko vertraglich an ihre Lieferanten weitergeben. Für KMU führt dies zu umfassenden Sorgfalts- und Kontrollpflichten.
- Die umfangreichen Aufsichtspflichten für Lieferanten, Unterlieferanten und Geschäftspartner im In- und Ausland führen zu einem riesigen Mehraufwand. Das zwingt KMU zu einem teuren Kontrollapparat mit schwerfälligen Compliance-Prozessen.
- Alle Unternehmen können sich bei einer Klage nur von der Haftung befreien, wenn sie ihre Sorgfalt jederzeit lückenlos nachweisen können. Kein anderes Land kennt solche Bestimmungen zum Nachteil ihrer Unternehmen.

stopp-kontrollwahnsinn.ch

Sind Sie betroffen?

Jetzt mit uns Kontakt aufnehmen:
kmu@stopp-kontrollwahnsinn.ch

Position Bundesrat und Wirtschaft

Die Landesregierung teilt grundsätlich die Ziele betreffend Umwelt- und Menschenrechte, lehnt die Initiative aber ab. Die weltweit beispiellosen Haftungsnormen gehen zu weit. Sie schaden dem Werkplatz und machen unsere Unternehmen erpressbar.

Auch die Wirtschaftsverbände lehnen die extreme Volksinitiative ab:
- economiesuisse
- scienceindustries
- Schweizerischer Arbeitgeberverband
- Swissmem

Nein zur Kündigungsinitiative

Angriff auf die Bilateralen abwehren

Im Mai stimmt die Schweizer Bevölkerung über die Kündigungsinitiative der SVP ab. Die Absicht der Initianten ist klar: eine politische und wirtschaftliche Abschottung der Schweiz. Diesen erneuten Angriff auf den stark vernetzten Werk- und Forschungsplatz Schweiz müssen wir abwehren!

Die Initiative stellt zwei klare Forderungen: Die Beendigung der Personenfreizügigkeit mit der EU und den Efta-Ländern sowie ein dauerhaftes Verbot für den Abschluss vergleichbarer Freizügigkeitsabkommen. Dies hätte für unseren Wohlstand erhebliche negative Auswirkungen. Denn es geht nicht nur um die Personenfreizügigkeit: Kann der Bundesrat diese nicht innerhalb von 12 Monaten auf dem Verhandlungsweg ausser Kraft setzen, muss er das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU innerhalb von 30 Tagen künden. Durch die Guillotineklausel fallen sechs Monate später alle sieben Abkommen der Bilateralen I dahin. Eine Lösung mit Brüssel scheint angesichts der europäischen Grosswetterlage und des Brexit-Chaos unrealistisch.

Der Wegfall der gesamten Bilateralen I mit unseren wichtigsten Handelspartnern würde die Schweiz hart treffen. Im Handel mit der EU verdienen wir mehr als jeden zweiten Franken. Rund eine Million Jobs hängen direkt oder indirekt vom Zugang zum europäischen Binnenmarkt ab. Mit den Bilateralen I würden wir einen bedeutenden Standortvorteil zu Grabe tragen.

Schädlich und nutzlos

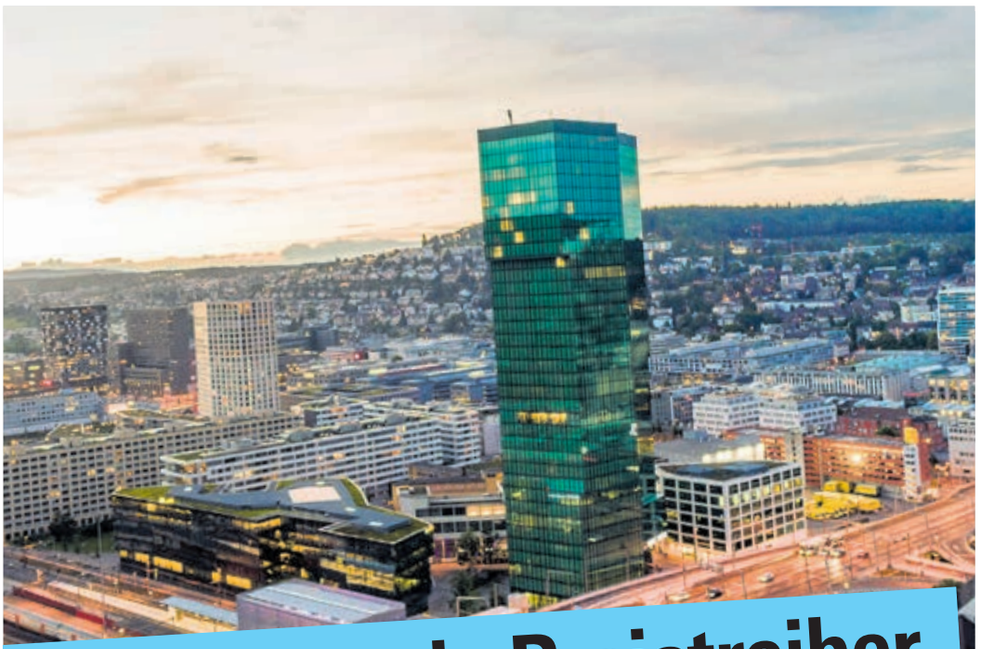
Die Initiative löst auch die eigentlichen Herausforderungen im Bereich Zuwanderung nicht. Diese liegen im Asyl- und teilweise im Drittstaatenbereich, nicht aber bei den in der Regel gut qualifizierten Zuwanderern aus der EU. Die EU-Zuwanderung hat sich jedoch seit 2013 mehr als halbiert und lag 2018 bei 31 000 Personen. Für das Jahr 2019 zeichnet sich eine noch tiefere Zahl ab. Nicht die von der SVP vorgeschlagene staatliche Lenkung hat die Zuwanderung in den letzten Jahren reduziert, sondern die positive wirtschaftliche Entwicklung Europas, insbesondere Deutschlands. Je besser die Schweizer Wirtschaft läuft, umso mehr Fachkräfte zieht sie an. Wenn aber trotz guter Konjunktur weniger Fachkräfte in die Schweiz kommen, heisst das: Der Wettbewerb wird härter. Bürokratische Zulassungsverfahren für Fachkräfte aus Drittstaaten oder restriktive EU-Kontingente, wie von der SVP verlangt, sind dann ein Bremsklotz für die Entwicklung des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz.

Keine Verdrängung

Die SVP versucht, die Initiative zu emotionalisieren und Ängste um Arbeitsplätze in der Bevölkerung zu schüren. Der jährliche Beobachtungsbericht des Staatsekretariats für Wirtschaft stellte bisher jedoch keine Verdrängung von Inländern auf dem Arbeitsmarkt durch Zuwanderer fest. Nach fast zwei Jahrzehnten Personenfreizügigkeit hat die bereits hohe Beschäftigung sowohl für Schweizer wie auch für die Zuwanderer noch weiter zugenommen. Vom Beschäftigungswachstum haben weitgehend alle Kantone und Regionen profitiert.

Der wichtigste Faktor für sichere Arbeitsplätze in unserem Land sind letztlich gute wirtschafts- und handelspolitische Rahmenbedingungen. Deshalb sind die Bilateralen I, die uns den barrierefreien Zugang zum EU-Binnenmarkt garantieren, von enormem Wert. Wir sind auf diesen grossen Markt vor unserer Haustür angewiesen. Fällt dieser Zugang weg, hat dies unweigerlich massiv negative Konsequenzen für die Arbeitsplätze in unserem Land. Kurzum: Die Kündigungsinitiative der SVP löst keine Probleme, schafft aber schwerwiegende neue! Getrauen wir uns deshalb, dieser gefährlichen Initiative mutig entgegenzutreten, die Fakten sind auf unserer Seite.

Christa Markwalder
Nationalrätin BE



Der Staat als Preistreiber bei Wohnungen?

Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Die eidgenössische Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» will Mietwohnungen staatlich fördern und damit die Marktpreise erhöhen: 10 Prozent der Neubauten sollen gemeinnützig sein. Dafür will sie unter anderem eine landesweite Mindestquote an gemeinnützigen Wohnungen in die Bundesverfassung setzen. Die geforderten Markteingriffe sind jedoch weder nötig noch realistisch.

Der Marktanteil gemeinnütziger Wohnbauträger bei neugebauten Wohnungen beträgt heute schweizweit knapp 5 Prozent. Die Initianten wollen Bund und Kantone verpflichten, diesen Anteil auf mindestens 10 Prozent zu erhöhen. Die Initiative ist mit den Grundsätzen einer marktwirtschaftlichen Wohnungsversorgung nicht vereinbar, denn sie führt letztlich dazu, dass Wohnungen knapper werden und die Preise für Wohnungen steigen.

Um die verlangte Quote zu erreichen, müsste die staatliche Förderung stark ausgebaut werden. Das heisst, der Staat müsste selbst anfangen, entweder Wohnungen zu bauen oder zu kaufen. Damit wird der private Markt knapper, und die Preise steigen. Eigentlich wollen die Initianten ja erschwinglichen Wohnraum erzielen – aber der Effekt dieser gut gemeinten und falsch gemachten Lösung ist das Gegenteil: Für alle privaten Wohnungen verknappt sich der Markt, und dies öffnet die Türe für Spekulationen und Preistreiberei.

Staatlicher Wohnungsbau verknappt den Markt

Mit der 10-Prozent-Quote staatlichen Wohnens müssten bei gleichbleibender privater Bautätigkeit in der ganzen Schweiz jährlich mehr als doppelt so viele gemeinnützige Wohnungen erstellt werden. Die Quote in der Verfassung zwänge den Bund, in den Bau von gemeinnützigen Wohnungen zu investieren, obwohl gar kein Bedarf besteht: In der Schweiz sind die Leerstände so hoch wie seit zwanzig Jahren nicht mehr. 75 323 Wohnungen standen am 1. Juni 2019 leer. In manchen Regionen erhält man sogar mietfreies Wohnen für mehrere Monate.

Bundesamt für Wohnungsbau konkurriert mit Kantonen

Zwar ist die Nachfrage nach Wohnungen in den grossen Städten Zürich, Basel, Genf, Lausanne und Bern nach wie vor sehr hoch. Allerdings betreiben gerade diese Städte heute ihre eigene Politik zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Eine Lösung aus Bern würde diese eigenständigen und föderalen Lösungen konkurrenzieren. Überdies ist es offensichtlich, dass die kantonalen Behörden die Verhältnisse vor Ort viel besser kennen, als die Bundesstellen.

Private Bauherrn müssen zurückstehen

Um das private Bauen so zu steuern, dass der Bund genügend Bauen kann, müsste der Bund über enorme staatliche Eingriffe am Markt intervenieren. Der Bund könnte zum Beispiel über Kontingente festlegen, welche Bauträger jährlich wie viele Wohnungen bauen dürfen. Oder er könnte durch Baubeschränkungen privaten Wohnungsbau gezielt verhindern und die Quote staatlicher Wohnungen so ohne jegliche Bautätigkeit steigern. Allein diese Gedankenspiele zeigen, wie unpassend eine solche Initiative wäre.

Grundlagenirrtum: Staatliche Wohnungen sind nicht billig

Die Initianten sitzen einem Grundlagenirrtum auf: Sie gehen davon aus, dass preisgünstige Wohnungen ausschliesslich durch gemeinnützige Wohnbauträger erstellt werden. Dabei verkennen sie, dass auch private Investoren günstige Wohnungen bauen können – und dabei noch innovativ sind. Heute ist doch klar: Den Wohnungssuchenden ist mit einem gesunden Markt und einem guten Angebot am besten gedient. Wird Bautätigkeit gefördert und Vermieten attraktiv, wird automatisch in diesen Markt investiert. Subventionen, Regulierungen und Beschränkungen setzen aber genau die falschen Anreize und verteuern es, Wohnungen zu bauen.

Daniela Schneeberger
Nationalrätin BL

«Ziel ist erschwinglicher Wohnraum – die Initiative erreicht das Gegenteil.»

Damien Cottier

«Emploi, Europe, Environnement»

Nach den eidgenössischen Wahlen dürfen wir einige neue Gesichter im Nationalrat begrüssen. Die Neugewählten stellen sich Ihnen gleich selber vor. Den Anfang macht Damien Cottier (44) aus dem Kanton Neuenburg.

Damien Cottier

Die Bürgerinnen und Bürger von Neuenburg haben mich am 20. Oktober in den Nationalrat gewählt, was mich sehr ehrt. Gerne werde ich mich von ganzem Herzen für die Verteidigung liberaler Werte im Parlament einsetzen. Ich darf zu einer Fraktion stossen, die ich ziemlich gut kenne: Nach 15 Jahren Tätigkeit auf kantonaler Ebene (insbesondere als Grossrat und Fraktionschef) hatte ich in den letzten zehn Jahren regelmässig mit der FDP-Fraktion zu tun, zuerst als Kommunikations-Chef der FDP Schweiz, danach acht Jahre als persönlicher Mitarbeiter von alt Bundesrat Didier Burkhalter.

Meine politischen Prioritäten liegen auf den drei Themen Arbeitsplätze, Europa und Umwelt. Sie sind für eine wohlhabende und nachhaltige Schweiz unerlässlich und lassen sich Französisch mit «3 E» zusammenfassen:

1) Emploi: Wir müssen die Beschäftigung fördern sowie die Wettbewerbsfähigkeit und die Forschungs- und Innovationskapazitäten unseres Landes sichern und Teil der digitalen Revolution sein. Unsere Unternehmen arbeiten daran, der Bund muss es besser machen! Die Schweiz setzt hier auf die liberale Vision der FDP.

2) Europe: Wir müssen unsere Beziehungen zu Europa sichern. Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt ist von entscheidender Bedeutung. Wir müssen die Kündigungsinitiative bekämpfen, das Rahmenabkommen unterstützen und so den bilateralen Weg, den Königsweg der Schweiz, sichern. Die Schweiz setzt hier auf den Mut und den Pragmatismus der FDP.

3) Environnement: Wir müssen mehr für die Umwelt tun. Unsere Partei muss und will ihr Engagement verstärken: mit liberalen Rezepten, durch Innovation, aber ohne Angst vor stärkeren Massnahmen, wenn nötig. Wir wollen den Klimawandel begrenzen und gleichzeitig Arbeitsplätze schaffen – eine «Green Economy» statt Wachstumskritik. Die Schweiz setzt hier auf die Weitsicht der FDP.

Indem wir an diesen Fronten kämpfen, werden wir gemeinsam weiterkommen. Für eine prosperierende, offene und nachhaltige Schweiz. Eine liberale Schweiz.

Damien Cottier,
gewählter Nationalrat NE

Jacqueline de Quattro

Rahmenbedingungen für Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Jacqueline de Quattro bringt einen grossen politischen Rucksack mit. Sie steht dem Departement für Bau und Umwelt des Kantons Waadt vor.

Jacqueline de Quattro

Ich bin ein echter Schweizer «Tuttifrutti». Ich bin am Ufer der Limmat in Zürich geboren, wo ich bis zum Alter von 11 Jahren lebte. Meine Eltern liessen sich dann im Kanton Waadt nieder, wo ich die Schule besuchte und studierte. Jedes Jahr verbringe ich meine Ferien mit meiner Familie in Graubünden und spreche Italienisch. Als ausgebildete Rechtsanwältin habe ich den Weg des Rechts um der Gerechtigkeit willen gewählt. Ich mag es auch, ein Schauspieler, ein Entscheidungsträger zu sein. Ich wollte schon immer Dinge verändern, mich an der Gestaltung eines Gesellschaftsprojektes beteiligen, das auf liberal-freisinnigen Werten basiert. Das sind die Gründe, warum ich der FDP beigetreten bin.

Nachdem ich in den Legislativen und Exekutiven meiner Gemeinde und im Grossen Rat meine Sporen abverdiente, wurde ich 2007 in den Staatsrat des Kantons Waadt berufen. Ich war für die Bereiche Sicherheit, Umwelt, Energie, Gleichstellung und Raumplanung verantwortlich. In diesen vergangenen dreizehn Jahren habe ich gesellschaftspolitische Themen wie die Stärkung der Sicherheit, den Ausbau erneuerbarer Energien, Umweltschutz, die Umsetzung der neuen Rumplanungsgesetzgebung, die Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Gleichberechtigung umgesetzt.

Das Land voranbringen

In Bern werde ich an der Findung der notwendigen Kompromisse mitarbeiten, um unser Land voranzubringen, insbesondere in den Bereichen Umwelt, Energie und Sicherheit. Ich bin gegen eine Bestrafungs-Ökopolitik, die unsere Unternehmen und den Mittelstand benachteiligen würde. Wir müssen jedoch neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft von morgen schaffen, die Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit fördern.

Jacqueline de Quattro,
gewählte Nationalrätin VD

Simone de Montmollin

Für eine starke Zusammenarbeit

Simone de Montmollin aus Genf kämpft für Gemeinwohl und Zusammenarbeit. Sie möchte sich für das Interesse des Landes einsetzen und dabei die regionalen Besonderheiten berücksichtigen.

Als Önologie-Ingenieurin arbeitete ich zunächst in Lehre und Forschung, bevor ich als Selbstständige bei technischen und wirtschaftlichen Fachverbänden tätig war. Ich lebe auf dem Land in Genf, mit meinem Mann und unseren beiden Töchtern. Als Präsidentin der Verband Schweizer Önologen bin ich Mitglied in den Ausschüssen verschiedener Berufsverbände.

Ich bin seit 2008 in der Politik voll engagiert (gewählt als Abgeordnete im Verfassungsrat, dann als Grossrätin 2013, wiedergewählt 2018). Meine Hauptmotivation ist das Engagement für das Gemeinwohl, das untrennbar mit unseren Bürgerpflichten verbunden ist.

Meine politischen Interessengebiete erweitern meine beruflichen Engagements: Wirtschaft, Umwelt, Raumordnung, Landwirtschaft, Energie, Ausbildung, Forschung und unsere multilateralen Beziehungen. In diesem Zusammenhang begrüsse ich die Position der FDP zum Thema Umwelt, die am 22. Juni 2019 klar bestätigt wurde.

Nach zehn Jahren in der kantonalen Politik freue ich mich, mich im Nationalrat engagieren zu dürfen. Die Rahmenbedingungen für eine prosperierende und diversifizierte Wirtschaft bleiben eine Priorität. Die umweltpolitischen Fragen betreffen uns sowohl in wirtschaftlicher als auch privater Hinsicht und schliessen Themen wie lokale Lebensmittel oder die Erhaltung des Naturerbes ein. Nur koordiniertes Vorgehen, auf nationaler wie globaler Ebene, wird wirksam sein. Ich stehe ein für Kohärenz. Dazu gehören multilaterale Abkommen, die unseren Exportunternehmen Rechtssicherheit bieten, ebenso wie die Entwicklung einer nachhaltigen einheimischen Wirtschaft.

Simone de Montmollin,
gewählte Nationalrätin GE

Simone de Montmollin

Alex Farinelli

Sozialwerke, Umwelt, Aussenbeziehungen

Auch Alex Farinelli aus dem Tessin liegt der Föderalismus am Herzen. Zudem sieht er drei grosse Herausforderungen für unser Land, die er gerne anpacken würde.

«Im Interesse der Schweiz handeln und gleichzeitig die Besonderheiten aller Kantone berücksichtigen»: So könnte ich meine politischen Prioritäten zusammenfassen. Wenn man die verschiedenen Regionen unseres Landes in Bundesbern stärker berücksichtigen möchte, stellt man sich nicht gegen die Interessen des Landes. Vielmehr zählt es, dass man bereit ist, über die lokalen und nationalen Interessen nachzudenken und sie sorgfältig abzuwägen, wenn sie manchmal voneinander abweichen.

Drei grosse Themen

Nach meiner Meinung werden in den kommenden vier Jahren drei Themenbereiche in Bern eine zentrale Rolle spielen: Der erste ist die Alterung der Bevölkerung, die uns zu einem Umdenken beim Rentensystem zwingt, sowie die Herausforderung, dem Anstieg der Gesundheitskosten zu begegnen. Der zweite Bereich ist die Umweltpolitik, die eng mit der Energiestrategie und der Verkehrspolitik verknüpft ist – für das Tessin bedeutet dies die Vollendung von AlpTransit mit der Verlagerung des Warentransits von der Strasse auf die Schiene. Und drittens sehe ich die Beziehungen zum Ausland und insbesondere zu Europa, das in jeder Hinsicht (Wirtschaft, Sicherheit, Forschung usw.) unser wichtigster Partner ist.

Von Bedeutung sind natürlich noch viele weitere Themen wie Bildung, Digitalisierung oder Armee – auch hier gibt es Herausforderungen anzupacken. Aber die drei erstgenannten Themenbereiche dürften am meisten in unseren Alltag einfliessen, und ich werde sehr gerne, zusammen mit meinen freisinnigen Kolleginnen und Kollegen, an diesen grossen Herausforderungen für die Schweiz arbeiten.

Alex Farinelli,
gewählter Nationalrat TI

Alex Farinelli

Anna Giacometti

Ein langer Arbeitsweg

Anna Giacometti ist Gemeindepräsidentin von Bregaglia, wo 2017 der Bergsturz vom Piz Cengalo niederging und das ganze Land bewegte. Für Graubünden holt sie nach 8 Jahren den Nationalratssitz der FDP zurück.

Ich bin 1961 geboren und in Castasegna GR – an der Grenze zu Italien – aufgewachsen. Mit sechzehn Jahren habe ich das Bergell verlassen, um am Lyceum Alpinum Zuoz die Handelsschule zu absolvieren; es folgte ein Jahr in England, dann arbeitete ich in Chur. Nach einer Ausbildung beim Departement für auswärtige Angelegenheiten in Bern war ich im konsularischen Dienst auf der Schweizer Botschaft in Lissabon und im Generalkonsulat in Mailand tätig. 1987 bin ich ins Bergell zurückgekehrt; ich habe zwölf Jahre lang einen kleinen Landwirtschaftsbetrieb geführt und war Präsidentin der Vormundschaftsbehörde Oberengadin/Bergell.

Erfahrung mit schwierigen Situationen

Seit vielen Jahren bin auf kommunaler und regionaler Ebene politisch tätig. Als Präsidentin des Regionalverbandes Bregaglia durfte ich das Fusionsprojekt der Bergeller Gemeinden koordinieren und als Gemeindepräsidentin die Entwicklung der Gemeinde Bregaglia mitgestalten. Nach dem Bergsturz am Piz Cengalo konnte ich zeigen, dass es für die Bewältigung einer Naturkatastrophe und bei schwierigen Situationen nicht auf Frau oder Mann ankommt.

Ich habe dieses Jahr für den Nationalrat kandidiert, weil ich dazu beitragen wollte, dass die FDP Graubünden ihren Sitz im Nationalrat zurückerobert. Meine Wahl war für mich eine grosse Überraschung. Ich freue mich sehr, die Interessen der Bündner Bevölkerung im Nationalrat vertreten zu dürfen. Vermutlich bin ich die Parlamentarierin mit dem längsten Arbeitsweg.

Ich lebe mit meinem Lebenspartner in Stampa GR und habe zwei erwachsene Söhne und ein Enkelkind.

Anna Giacometti,
gewählte Nationalrätin GR

Anna Giacometti

Andri Silberschmidt

Vom Jungfreisinn in den Nationalrat

Andri Silberschmidt ist jung, ambitioniert und seit 2016 Präsident der Jungfreisinnigen Schweiz. Nun ist er mit 25 Jahren der jüngste Nationalrat.

Manches konnte man in den letzten Wochen und Tagen über mich lesen: dass ich jetzt 10 Jahre bei der Zürcher Kantonalbank war, vor drei Jahren mit Freunden als Start-up eine Gastronomiekette namens kaisin. gegründet habe, acht Jahre in unterschiedlichen Funktionen beim Jungfreisinn mich engagierte und seit Frühjahr 2018 im Zürcher Gemeinderat mitwirken darf. Hinzufügen kann ich, dass ich nach meiner Banklehre an der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) einen Bachelor in Betriebsökonomie abgeschlossen habe. Vor wenigen Monaten konnte ich an der Cass Business School in London den Master in Global Finance erfolgreich zu Ende bringen. Von morgens sechs bis sieben findet man mich meistens im Fitness und auch sonst steht Sport häufig auf dem Programm. Und im Übrigen mache ich halt in meiner Freizeit das, was 25-Jährige so machen.

Zum Politischen: Für mich war schon als Jugendlicher keine Frage, dass ich mich im Freisinn engagieren möchte. Ich habe eine grundliberale Einstellung, sehe aber die Notwendigkeit, dass der Staat seine Kernaufgaben, ausgestattet mit den notwendigen Mitteln, wahrnehmen muss. Persönlich ist mir auch der soziale Ausgleich wichtig. Jene, die leistungsfähig sind, dürfen nicht durch unnötige Regulierung gebremst werden. Aber jene, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, müssen wir gezielt und nach dem Motto «Hilfe zur Selbsthilfe» unterstützen. Zudem möchte ich, dass die Schweiz die Chancen der Digitalisierung nutzen kann.

Ich weiss, welch unglaubliches Privileg ich habe, nun in Bern mitwirken zu können. Das wird mich fordern, aber ich verspreche, dass ich mich mit all meinen Möglichkeiten einsetzen will. Für unseren Kanton, für die Schweiz und natürlich ganz besonders für die FDP.

Andri Silberschmidt,
gewählter Nationalrat ZH

Andri Silberschmidt

Susanne Vincenz-Stauffacher

Vereinbarkeit in der Praxis

Susanne Vincenz-Stauffacher zieht für den Kanton St. Gallen in den Nationalrat. Die Herausforderungen von Beruf, Familie und politischem Engagement kennt sie aus der alltäglichen Praxis.

Aufgewachsen in einer politisch interessierten Familie, waren lebhafte Diskussionen an der Tagesordnung. Die Akzeptanz unterschiedlicher Auffassungen und die Lust, die eigene Meinung zu vertreten, konnten dabei nachhaltig Wurzeln schlagen.

25-jährig wagte ich den «Sprung ins kalte Wasser» und gründete zusammen mit einer Studienkollegin eine eigene Anwaltskanzlei. Meine beruflichen Schwerpunkte, Familien-, Bildungs- und Wirtschaftsrecht, habe ich stets kombiniert mit sozialen Engagements, beispielsweise als Präsidentin der kantonalen Frauenzentrale sowie als Ombudsfrau Alter und Behinderung und als Präsidentin der Opferhilfe, beides für die Kantone St. Gallen und beider Appenzell. Hinzu kam der Einsitz im Kantonsrat. Als Mutter von zwei Töchtern habe ich dabei die Herausforderungen hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Politik ganz praktisch erlebt.

Der Nationalratswahlkampf erforderte weit über hundert Auftritte in allen Regionen unseres Ringkantons St. Gallen. Das war ausgesprochen spannend. Die dadurch erreichte Bekanntheit hat sicher zum guten Wahlergebnis beigetragen. Mein persönlicher Gewinn geht aber viel weiter. Die zahllosen Gespräche mit unterschiedlichsten Menschen haben mich in meiner Überzeugung bestärkt, dass es sich lohnt, für die Öffentlichkeit tätig zu sein.

Ich bin sehr motiviert, im Nationalrat meine politischen Schwerpunkte umzusetzen: gute Bildung für alle; langfristige Sicherung der Altersvorsorge; solide Rahmenbedingungen für die Wirtschaft; Förderung Vereinbarkeit Familie, Beruf und Politik; Eigenverantwortung für eine nachhaltige Klimapolitik. Ich freue mich darauf!

Susanne Vincenz-Stauffacher

Susanne Vincenz-Stauffacher,
gewählte Nationalrätin SG

So nutzen Sie Augmented Reality im «Freisinn»!

Available on the App Store

GET IT ON Google Play

Unsere Bilder sind jetzt mehr als Bilder – lassen Sie sie lebendig werden!

1 Laden Sie die Gratis-App «Xtend» für iOS + Android herunter.

2 Öffnen Sie im Hauptmenü die Funktion «AR SCAN».

3 Halten Sie die Kamera auf das mit X markierte Bild.

AGENDA

11. Januar
Delegiertenversammlung im Kanton Schwyz

9. Februar
Eidgenössische Volksabstimmung

4. April
Delegiertenversammlung in Biel

27. Juni
Delegiertenversammlung

31. Oktober
Delegiertenversammlung

Abonnieren Sie den Meinungsmacher

Mit unserem elektronischen FDP-Newsletter «Meinungsmacher» bleiben Sie auf dem Laufenden!

Abonnieren unter:
https://www.fdp.ch/newsletter
oder mit dem QR-Code.

Herausgeberin / Redaktion / Inserate:
FDP.Die Liberalen | Postfach | 3001 Bern
T: 031 320 35 35 | F: 031 320 35 00
E: info@fdp.ch | www.fdp.ch

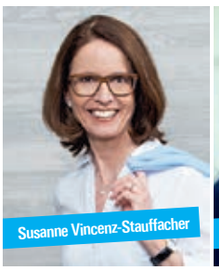
Layout und Druck:
NZZ Media Services AG | T: 071 272 72 06

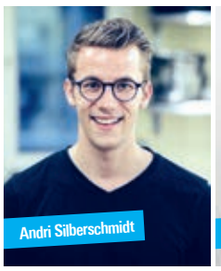
Wir gratulieren allen bisher gewählten Kandidatinnen und Kandidaten und wünschen viel Erfolg!

Gemeinsam weiterkommen.

Thierry Burkart

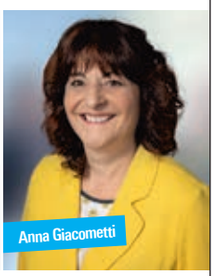
Matthias Jauslin


Susanne Vincenz-Stauffacher


Andri Silberschmidt

Andri Silberschmidt

Alex Farinelli


Anna Giacometti

Frédéric Borloz

Olivier Feller

Kurt Fluri

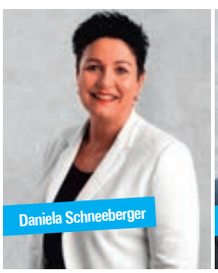
Laurent Wehrli

Christian Lüscher

Simone de Montmollin

Josef Dittli

Hans Wicki


Daniela Schneeberger

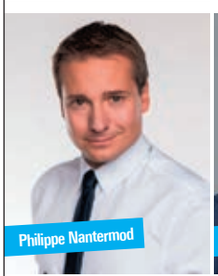
Marcel Dobler

Isabelle Moret

Philippe Bauer

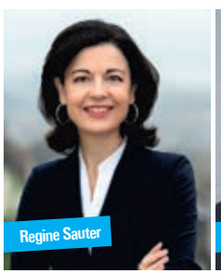
Damien Cottier

Jacques Bourgeois


Philippe Nantermod

Rocco Cattaneo

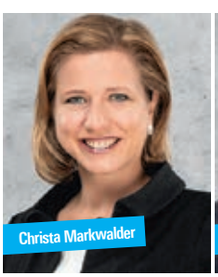
Hans-Peter Portmann


Regine Sauter

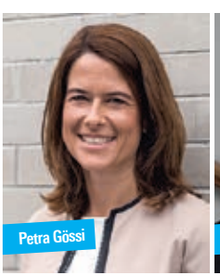
Beat Walti

Damian Müller

Jacqueline de Quattro

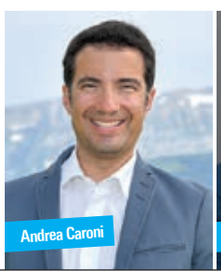

Christa Markwalder

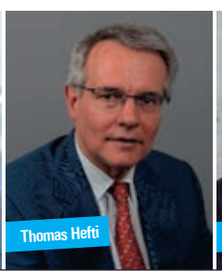
Christian Wasserfallen


Petra Gössi

Martin Schmid

Doris Fiala


Andrea Caroni


Thomas Hefti

Albert Vitali